

Resolution gegen Rechtsextremismus

Der Kreistag Wittmund setzt sich mit aller Kraft zum Erhalt der Demokratie, für die Wahrung der Menschenrechte und für die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus ein. Der Kreistag unterstützt alle demokratischen Gruppierungen, die sich mit Initiativen daran beteiligen. Die beste Strategie gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung der Demokratie!

Wir Demokraten* zeigen gemeinsam auf, wie man sich gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit einsetzen kann. Wir im Landkreis Wittmund möchten mit folgenden Maßnahmen gegen eine Verfestigung rechtsextremistischer Einstellungen und Übergriffe in der Nachbarschaft wirken und zu Zivilcourage ermuntern:

- Der Kreistag Wittmund bekennt sich dazu, dass politischer Streit in geübter Tradition friedlich und von gegenseitigem Respekt getragen, frei von jeder Art von Gewalt mit Worten ausgetragen wird.
- Die Abgeordneten im Wittmunder Kreistag verpflichten sich, dass Hass und Gewalt sowie der Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus keinen Raum gegeben wird. Dies gilt selbstverständlich für jeglichen politischen Extremismus und religiösen Fanatismus.
- Im Jugendhilfeausschuss des Kreistages wird als ständiger TOP das Thema Bekämpfung des Rechtsextremismus und anders motiviertem Extremismus aufgenommen.
- Die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen werden gebeten, das Thema „Rechtsextremismus und seine Ursachen“ verstärkt zu behandeln.
- Die Gemeinden werden gebeten, in Jugendzentren und Jugendtreffs rechtsextremistischen Tendenzen und Äußerungen entgegenzuwirken.
- Der Kreistag fordert auch die AfD auf, sich von den rassistischen Äußerungen des Abgeordneten Björn Höcke und seiner rechtsnationalistischen Gruppe „Flügel“ zu distanzieren.

Begründung:

Nicht erst seit der schrecklichen Tat in Halle, der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten und den Morden der NSU ist deutlich geworden:

Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie und die Menschenrechte!

Hassparolen, Vorurteile und Übergriffe gegenüber Ausländern, behinderten Menschen, Frauen, Geflüchteten, Juden, Moslems, Politikern, Polizeikräften, Pressevertretern, Rettungsdiensten und vielen anderen Gruppen sind immer wieder zu hören, u.a. an Stammtischen, auf Schulhöfen und verstärkt jetzt auf der Straße bei Demonstrationen rechtsextremer Organisationen. Diese Einstellungen drücken ein undemokratisches Politik- und Gesellschaftsverständnis aus, dies widerspricht unserer offenen, demokratischen freiheitlichen Gesellschaft und unserem Grundgesetz.

Als im Jahr 1991 die rechte Gewalt in Hoyerswerda erstmals sichtbar wurde, ging die Bedrohung von einer leicht erkennbaren gesellschaftlichen Randgruppe aus.

Mittlerweile ist aus dieser Gewalt eine weltweite Bewegung geworden, vernetzt im Internet, angefeuert sogar von einigen Staatspräsidenten und von „Volksvertretern“ in allen deutschen Parlamenten. Vor einem Jahr marschierten erstmals in Chemnitz AfD, Pegida, sogenannte „Reichsbürger“ und deren Sympathisanten gemeinsam als eine rechtsextremistische Einheitsfront.

Wenn wir als Demokraten den Rechtsextremisten nichts entgegensetzen, geben wir dieser Bewegung die Möglichkeit, die Menschenrechte und die Demokratie auszuhöhlen und zu zerstören.

Es reicht nicht aus, wenn jetzt auf Bundesebene zusätzliche Stellen beim Verfassungsschutz geschaffen werden, auch wir hier im Landkreis müssen aktiv werden und uns rechtsextremistischen Meinungen und Aktivitäten entgegenstellen.

*** Im o.a. Text wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie bezieht sich auf Personen beiderlei Geschlechts.**